



Erklärung des Vorstandes des Rom e.V. zu Solingen und zum Treffen der Bundesregierung mit den Ländern und der CDU Opposition

Köln, 03.09.2024: Der Vorstand schließt sich einer gestrigen Stellungnahme unseres multikulturellen Beratungsteams an: „Die Tat in Solingen erschüttert uns zutiefst. Dieser islamistische Angriff auf ein Fest in Solingen wird von uns uneingeschränkt verurteilt. Es ist erschreckend zu sehen, welche Reichweite der IS hat, sei es über Social Media, YouTube oder anderen Kanälen. Es erreicht Menschen in den verschiedensten Ländern, mit den verschiedensten Hintergründen. Islamistischer Terror darf zu keinem Zeitpunkt legitimiert werden und braucht harte Konsequenzen. Diese Konsequenzen dürfen aber nicht zum Nachteil von Menschen werden, die vor Gewalt, Hunger, Verfolgung oder ähnlichem fliehen. Eine Tat, die entrechtende Konsequenzen für viele tausende Schutzsuchende hätte, wäre fatal!

Und dennoch passiert das gerade. Nach dem Terroranschlag in Solingen haben wir das Gefühl, dass alle demokratischen Parteien nach dem Seehofer Spruch von 2015, dass die „Migration die Mutter aller Probleme“ ist, Politik machen. Verfassungsfeindliche und faschistische Argumentationen erreichen durch die derzeit hektische Migrationsdebatte die Mitte der Gesellschaft.

Friedrich Merz phantasiert über Einreiseverbot für Menschen aus Syrien und Afghanistan. Kanzler Scholz wiederholt wöchentlich seinen Stern-Ausspruch des letzten Jahres: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“. Und er jubelt über die realisierte Abschiebung von 28 „afghanischen Kriminellen“, wobei die Bundesregierung noch nicht mal Aussagen über die zugrundeliegenden Straftaten und Verurteilungen machen kann. Afghanistan, ein Land, wo nach aktuellen Pressemeldungen wieder öffentliche Auspeitschungen eingeführt wurden. Weitere Planungen: Streichungen aller materiellen Leistungen für Geflüchtete, die nach der Dublin Regelung in einen EU Außenstaat zurück müssen unter der abstrakten Voraussetzung, dass der betreffende Staat die Aufnahme zusagt. Wann er tatsächlich aufnimmt, ist offen gelassen. Wovon sollen die Menschen in der Zwischenzeit leben?

Ein Trauerspiel für alle Schutzsuchende, die seit jeher versuchen in Deutschland einen Platz zu finden ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen, warum sie denn hier sind. Wir als Berater:innen beim Rom e.V. sehen, wie derzeit Stigmatisierung und Verfolgung von geflüchteten Menschen immer mehr zunimmt. Rassismus gegenüber Rom:nja, der tief in der deutschen Gesellschaft verankert ist, verstärkt sich bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Rom:nja werden derzeit schneller abgeschoben, obwohl sie Integrationsleistungen gezeigt haben (die aber gar nicht mehr erst geprüft werden). Rom:nja, die in Abschiebehaf sitzen, werden noch schneller abgeschoben. Racial profiling durch die Polizei erhöht sich: in den sogenannten „Waffenverbotszonen“ werden Jugendliche, die „nach Sinti oder Roma aussehen“ überdurchschnittlich hart kontrolliert.

Wir bereiten die Menschen, die zu uns in die Beratung kommen, darauf vor, dass sie sich gegen strukturellen, institutionellen und persönlichen Rassismus zu wehren lernen. Und dass sie um Teilhabe in unserer Gesellschaft kämpfen. Das wird derzeit für diese Geflüchteten immer schwieriger.



Die Asylabbaugesetze von 1993 (u.a. Dublin Verfahren und „sichere Herkunftsstaaten“) wurden damals begleitet von Pogromen rechter Kräfte gegen Flüchtlingsheime. Heute – 30 Jahre später – haben Geflüchtete wieder konkrete Angst vor Gewalt. Erst recht nach den Wahlergebnissen vom letzten Wochenende und den darauf folgenden Migrationsdebatte.

Wir appellieren an alle, denen unsere Demokratie wichtig ist, zurückzukehren zum Asylrecht des Grundgesetzes von 1949 und die Menschenrechte der Menschen, die zu uns migrieren, zu schützen.“

Pressekontakt:

Für den Vorstand: Ossi Helling, 0171-4213618